

#### Wochendienst

Nr. 39

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter: <a href="https://www.hamburg.de/wochendienst">www.hamburg.de/wochendienst</a>

vom 3. Dezember 2010 Redaktion: Katja Richardt

### Bürgerschaftswahl 2011

Hamburg-Wahl 2011: Keine neuen Wahlkreise zur Bezirksversammlungswahl in Altona	3
Informationen zum neuen Wahlrecht und Wahl-O-Mat Hamburg 2011	4
Wirtschaft und Hafen	
HANSE GLOBE 2010 geht an Hermes Europe GmbH	5
Deutliche Belebung auf dem Hamburger Arbeitsmarkt	8
Eröffnung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen	. 10
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	
Gemeinsam durch den Winter	. 12
Schule, Jugend und Berufsbildung	
Kooperation statt Konkurrenz von Schule und Jugendhilfe	. 14
Internationale Bildungsexperten treffen sich in Hamburg	. 17
Stabile und verlässliche Schulen sowie guter Unterricht haben Priorität	. 18
Soziales und Familie	
Besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen	. 19
Mehr Notschlafplätze für Obdachlose	. 21
Gesundheit	
Internationaler Workshop des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) der Hamburger Gesundheitsbehörde	. 23
Für eine gesunde und sichere Arbeitswelt	. 24
Wissenschaft und Forschung	
Neue Chemielabore HAW-Campus Bergedorf eingeweiht	. 26
Neuer naturwissenschaftlicher Campus Bundesstraße	. 28
Deutschlands höchstdotierter Förderpreis an UKE-Wissenschaftler verliehen	. 32

Finanzen	
Budgetrecht im Neuen Haushaltswesen	. 34
Datenschutz	
Stärkung der Datenschutzrechte statt unverbindlicher	
Selbstverpflichtungserklärung für Geodatendienste	. 36
Sport	
•	
Leistungssport in Hamburg kontinuierlich gefördert	. 38
Zur Information	
Terminkalender	. 39



30. November 2010/bis30

## Hamburg-Wahl 2011: Keine neuen Wahlkreise zur Bezirksversammlungswahl in Altona

Das Landeswahlamt gibt bekannt, dass zur Hamburg-Wahl 2011 noch nicht die von der Bürgerschaft am 24. November 2010 verabschiedete Einteilung Altonas zur Bezirksversammlungswahl in sieben Bezirkswahlkreise gilt (Bürgerschaftsdrucksache 19/7929). Das beschlossene Gesetz wird zwar in den nächsten Tagen im Gesetzblatt verkündet, wirksam wird es aber nach Art. 4 Abs. 2 Satz 3 Hamburger Verfassung erst nach drei Monaten, also nach dem 20. Februar 2011.

Nach Überprüfung mit Blick auf die Feiertage Weihnachten und Neujahr werden im Zeitplan bis zur Bürgerschaftswahl zwei Termine korrigiert:

Der Einreichschluss für die Wahlvorschläge zur Bürgerschaftswahl und zu den Bezirksversammlungswahlen ist jetzt der 19.01.2011 (vorher 17.01.2011).

Der Termin für die Zulassung der Wahlvorschläge durch den Landeswahlausschuss und den Bezirkswahlausschüssen ist der 22.01.2011, 12:00 Uhr (vormals 21.01.2011).

#### Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673,

E-Mail: <a href="mailto:pressestelle@bis.hamburg.de">pressestelle@bis.hamburg.de</a>; Internet: <a href="mailto:www.hamburg.de/innenbehoerde/">www.hamburg.de/innenbehoerde/</a>

sowie

Landeswahlamt: Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732



01.12.10/BSB/Politische Bildung01

#### Hinweis an die Medien

#### Informationen zum neuen Wahlrecht und Wahl-O-Mat Hamburg 2011

Die Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht umgehend vielfältiges Informationsmaterial zum neuen Wahlrecht in Hamburg für die Bürgerinnen und Bürger.

Seit Juli 2009 hat Hamburg für die Bürgerschaftswahlen und für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen ein neues Wahlrecht. Die Wahlberechtigten können nun zehn Stimmen vergeben: fünf Stimmen auf dem Landeslistenstimmzettel und fünf Stimmen auf dem Wahlkreislistenstimmzettel.

Bereits jetzt online abrufbar unter <a href="www.hamburg.de/politische-bildung">www.hamburg.de/politische-bildung</a> ist eine Power-Point-Präsentation mit Bildungsmaterialien zum Regierungssystem und zum Wahlrecht unter dem Titel "Wie funktioniert die Hamburger Politik?" mit einem Modul zum neuen Wahlrecht.

Ab dem 16. Dezember wird ein Flyer mit einer Kurzanleitung für Wählerinnen und Wähler unter dem Titel "Zehn Stimmen für Hamburg" online abrufbar sein. Gleichzeitig wird der Flyer auch in gedruckter Form herausgegeben werden und dann an alle Hamburger Schulen mit Jahrgangsstufen ab Klasse 9 und auf Anforderung auch an die Träger von Senioreneinrichtungen sowie die Bürgervereine in Hamburg ausgeliefert werden.

Mitte Januar 2011 erscheint eine umfangreiche Broschüre zum neuen Wahlrecht, die auch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Einsatz in Schulen und in der Erwachsenenbildung geeignet ist.

Anfang Februar 2011 wird die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung einen Wahl-O-Mat freischalten. Dieser wird über die Website der Landeszentrale anklickbar sein und es den Wählerinnen und Wählern ermöglichen, anhand von Thesen, die die Parteien kommentiert haben, ihre eigene Wahlpräferenz festzustellen und die Parteiprogramme der zur Wahl zugelassenen Parteien einzusehen.

#### Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Landeszentrale für politische Bildung

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, Tel.: 42823 4803,

E-Mail: sabine.bamberger-stemmann@bsb.hamburg.de;

Dr. Rita Bake, Tel.: 428 23 4804, E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de;



30. November 2010/bwa30

## HANSE GLOBE 2010 geht an Hermes Europe GmbH Nachhaltigkeitspreis der Logistik-Initiative Hamburg verliehen

Die Würfel sind gefallen: Sieger des HANSE GLOBE 2010, Hamburgs Preis für nachhaltige Logistik, ist die Hermes Europe GmbH. Das Hamburger Unternehmen erhält die begehrte Trophäe für sein Nachhaltigkeitsprogramm "Hermes WE DO!", die Umweltschutzkampagne hat das Unternehmen im Juni 2010 ins Leben gerufen. Der Klima- und Umweltschutz ist schon seit Mitte der 80er Jahre innerhalb der Logistik-Gruppe als Unternehmensziel fest verankert und hat beachtliche Erfolge erzielt. Dr. Philip Nölling, kaufmännischer Geschäftsführer der Hermes Logistik Gruppe Deutschland, nahm die von der Logistik-Initiative Hamburg ausgelobte Siegertrophäe im Rahmen des feierlichen Logistik-Dinners aus den Händen von Hamburgs Erstem Bürgermeister Christoph Ahlhaus und Prof. Dr. Peer Witten, Vorsitzender der Logistik-Initiative Hamburg entgegen. Zu der Veranstaltung erschienen mehr als 270 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Gastredner des Dinners im Großen Festsaal des Rathauses waren Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Aufsichtsrates der otto group, Hamburg sowie Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin.

Hamburgs Erster Bürgermeister und Schirmherr des HANSE GLOBE Christoph Ahlhaus betont: "Hamburg ist die bedeutendste Logistikregion in Nordeuropa und eine der wichtigsten Drehscheiben für den weltweiten Warenverkehr. Das Nachhaltigkeitsprogramm des diesjährigen Preisträgers ist ein exzellentes Beispiel dafür, dass unternehmerische Weitsicht und ganzheitlicher Umweltschutz in Hamburg Hand in Hand miteinander gehen. Gerade in solchen Initiativen zeigt sich der wahre Geist der Umwelthauptstadt, die eben keine von oben verordnete Pflichtveranstaltung ist, sondern vom Engagement aller Akteure in unserer Stadt lebt."

"Viele Unternehmen haben sich mit zukunftsweisenden Projekten bei uns beworben", sagt **Dr. Stefan Schaltegger**, Professor für Nachhaltigkeitsmanagement am Center for Sustainability Management der Leuphana Universität Lüneburg und Jury-Vorsitzender des Hanse Globe 2010. "Der vorbildliche Umweltschutz im Rahmen des Nachhaltigkeitsprogramms WE DO! von Hermes hat uns als Jury besonders überzeugt. Es bezieht alle Bereiche des Unternehmens mit ein und berücksichtigt auch vor- und nachgelagerte Schritte in der Logistikkette. So konnten etwa die  $CO_2$ -Emissionen pro bewegter Sendung seit 1994 bis heute effektiv um 40 Prozent reduziert werden. Das ist nur möglich, wenn der Klima- und Umweltschutz – wie bei Hermes – ganzheitlich betrachtet, im Fuhrpark wie auch an den Standorten umgesetzt und von den Mitarbeitern gelebt wird." Für die nächsten Jahre hat sich das Unternehmen

weiterhin hohe Ziele gesetzt: "Als führendes Logistikunternehmen in Deutschland und Europa übernehmen wir bewusst Verantwortung für die Umwelt", erklärt **Dr. Philip Nölling**, CFO der Hermes Logistik Gruppe Deutschland (HLGD). "WE DO! steht dabei für unsere bisherigen Erfolge im Umweltschutz."

"Dabei ist der Gewinn des Hanse Globe Anreiz und Bestätigung dafür, unsere Ziele weiterhin ambitioniert zu verfolgen." Jährlich sollen mindestens zwei Prozent CO<sub>2</sub> im Transportbereich sowie 3,5 Prozent an den Standorten eingespart werden. Rund 30 Einzelprojekte – von der energetischen Beleuchtung über die Tourenoptimierung bis hin zum Einsatz innovativer Fahrzeugtechnik – tragen zur Zielerreichung bei. Als Testpartner von Industrie und Wissenschaft engagiert sich Hermes zudem seit den neunziger Jahren bei der Entwicklung alternativer Antriebe und setzt u.a. Erdgassprinter, Start-Stopp-Automatik und Brennstoffzellen-PKW ein. Aktuell unterstützt Hermes Mercedes-Benz bei einem Großprojekt im Bereich der Elektromobilität: "Im Rahmen dieser Kooperation setzten wir 20 der ersten elektrischen Transporter in Berlin und Hamburg ein. Damit möchten wir im Bereich der Elektromobilität Pionierarbeit leisten und die Entwicklung dieser Zukunftstechnologie maßgeblich voran treiben", ergänzt Dr. Philip Nölling.

Ein großes Augenmerk legt das Unternehmen auch auf den Umweltschutz an den über 60 Standorten und Hauptumschlagsbasen. An der zentralen Hauptumschlagsbasis (HUB) im hessischen Friedewald setzt Hermes bereits seit 2009 eine Holzhackschnitzelheizung ein, die rund 1,3 Millionen kWh Wärme pro Jahr erzeugt und 600 Tonnen CO<sub>2</sub> einspart. Aufgrund der erzielten ökologischen und wirtschaft-lichen Erfolge – im Vergleich zur Versorgung mit Gas können über 30 Prozent der Energiekosten eingespart werden – kommt dieses Konzept auch beim 2011 den Betrieb aufnehmenden HUB in Langenhagen, am HUB in Hückelhoven und an weiteren Niederlassungs-Neubauten zum Einsatz. In Langenhagen betreibt Hermes zudem eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von 400 kWp, die jährlich rund 355 000 kWh Solarstrom erzeugt. Aber auch die Mitarbeiter des Unternehmens werden in regelmäßigen Abständen zum Thema Abfallvermeidung, -trennung und Energiesparen geschult und weithin am Klima- und Umweltschutz beteiligt.

"Es ist eine herausragende Tugend, nicht nur weitsichtig zu denken, sondern auch weitsichtig zu handeln", betont **Prof. Dr. Peer Witten**, Vorsitzender der Logistik-Initiative Hamburg. Er spricht damit die Unternehmensmaxime von Hermes an, nicht auf Kosten von Mensch und Natur zu wirtschaften. Witten: "Wir hoffen, mit dem Hanse Globe auch im kommenden Jahr wieder dazu beitragen zu können, dass Unternehmen ihr gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein unter Beweis stellen." Witten ergänzt: "Wir danken der Jury, allen Bewerbern und dem Partner des Hanse Globe 2010, der Hamburger Sparkasse, die diesen zukunftsweisenden Wettbewerb auch in diesem Jahr ermöglicht haben."

#### **Downloads**:

Porträtfoto von Prof. Dr. Peer Witten, Vorsitzender der Logistik-Initiative Hamburg (Copyright: LIHH)

Pressefotos von verschiedenen LKW und Transportern (Copyright: Hermes Europe GmbH)

Hermes Umweltfolder "We Do" als pdf (Copyright: Hermes Europe GmbH)

Logo HANSE GLOBE (Copyright: LIHH) als jpg

Mit dem HANSE GLOBE - Hamburgs Preis für nachhaltige Logistik - fördert die Logistik-Initiative Hamburg umweltfreundliches und nachhaltiges Engagement in der Logistik. In diesem Jahr verleiht das Standortnetzwerk den Award zum vierten Mal. Die Teilnahme am Wettbewerb um den HANSE GLOBE ist nicht regional begrenzt. Bewerben können sich all diejenigen Unternehmen, Institutionen und öffentliche Einrichtungen. Das Projekt muss einen deutlich erkennbaren Bezug zur Logistik haben und zum Umweltschutz bzw. zur sozialen Unternehmensverantwortung beitragen.

Zusammensetzung der Jury 2010: Prof. Dr. Stefan Schaltegger, Leuphana Universität Lüneburg (Vorsitz); Prof. Dr. Uwe Clausen, Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für Materialfluss und Logistik, Dortmund; Björn Helmke, Chefredakteur DVZ Deutsche Logistik Zeitung; Bernhard Simon, Vorsitzender der Geschäftsführung des Logistikdienstleisters Dachser; Prof. Dr. Maximilian Gege, Vorsitzender von B.A.U.M. Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V., Hamburg; Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender otto group, Hamburg (in 2010 nicht stimmberechtigt, da der Bewerber Hermes zur otto group gehört)

#### Über die Logistik-Initiative Hamburg

Die Logistik-Initiative Hamburg vernetzt die Branche. Sie wird getragen von Unternehmen und Institutionen aus der Metropolregion Hamburg, die sich im Logistik-Initiative Hamburg e.V. zusammengeschlossen haben, sowie der Freien und Hansestadt Hamburg. Mit mehr als 450 Mitgliedsunternehmen und -institutionen aus Industrie, Handel und Dienstleistung ist die Logistik-Initiative Hamburg das größte Netzwerk seiner Art in Deutschland. Ziel dieses Public-Private-Partnership ist es, die Rolle Hamburgs als führende Logistikmetropole Nordeuropas weiter auszubauen und logistiknahe Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung zu unterstützen.

#### Kontakt:

Logistik-Initiative Hamburg Gernot Lobenberg Geschäftsführer Tel. 040/22 70 19 - 24 gl@hamburg-logistik.net www.hamburg-logistik.net Christine Schönfeld Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Tel. 040 / 22 70 19 – 85 Mobil: 01520/8897401 presse@hamburg-logistik.net www.hamburg-logistik.net



30. November 2010/bwa30

### Deutliche Belebung auf dem Hamburger Arbeitsmarkt

Niedrigstes November-Ergebnis seit 1993

Der Hamburger Arbeitsmarkt bietet Ende November ein sehr erfreuliches Bild. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwei Jahren wieder unter 70.000 seit gesunken und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt weiter an. 13.300 Arbeitsplätze wurden innerhalb des letzten Jahres in Hamburg zusätzlich geschaffen. Der konjunkturelle Aufschwung hat damit den Arbeitsmarkt voll erfasst. Die aktuellen Daten belegen, dass der Aufschwung gerade Langzeitarbeitslosen neue Beschäftigungschancen bietet und Jugendliche verstärkt in Ausbildung kommen. Die Aussichten für 2011 sind günstig. Nach einer Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg wird sich der Hamburger Arbeitsmarkt auch 2011 positiv entwickeln: So soll die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 9,4 % sinken und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1,4 % steigen. Damit werden sich auch im kommenden Jahr für Arbeitslose die Chancen weiter verbessern, durch aktive arbeitsmarktpolitische Förderung einen Arbeitsplatz zu finden.

Wirtschaftssenator Ian Karan: "Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit im November zeigt, dass der wirtschaftliche Boom in Hamburg den Arbeitsmarkt voll erfasst hat. Das belegt auch der Zuwachs an Arbeitsplätzen: Binnen eines Jahres wurden 13.300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Der wirtschaftliche Aufschwung bietet damit auch für die Arbeitslosen – und hierbei insbesondere die Langzeitarbeitslosen - in den arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen wieder bessere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden. Ich appelliere an die Unternehmen, auch team.arbeit.hamburg und Arbeitsagentur gezielt für die Vermittlung neuer Mitarbeiter zu nutzen."

Rolf Steil, Agentur für Arbeit Hamburg: "Mit 69.190 Arbeitslosen haben wir nicht nur seit Beginn des Jahres deutlich weniger Arbeitslose in Hamburg, wir erreichen im aktuellen Monat sogar einen Stand von vor neun Jahren im September 2001 mit 69.013. Der diesjährige Novemberwert ist sogar der niedrigste seit 1993, in dem 65.532 gezählt wurden. Die anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung sorgt für dieses gute Ergebnis und steigende Beschäftigungszahlen. Hamburg ist damit, auch dank der guten Nutzung von Kurzarbeit, positiv aus der Wirtschaftskrise herausgekommen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des hohen Durchschnittsalters der Beschäftigten in vielen Betrieben und des hohen Fachkräftebedarfes nehmen die Herausforderungen für die Betriebe zu. Fachkräfte müssen jetzt auf vielfältige Weise gewonnen werden: durch weiterhin hohe Ausbildungsleistungen Hamburger Unternehmen, durch passgenaue Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten, flexible

Arbeitszeitangebote für Mütter und über eine geregelte Zuwanderung. Auch noch bessere Integration von hier lebenden Migranten ist eine Zukunftsaufgabe in Hamburg."

#### Kontakt:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

E-Mail: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

Agentur für Arbeit Hamburg Pressestelle Knut Böhrnsen

Tel.: 040-2485-2230

E-Mail: <u>Hamburg.Presse@arbeitsagentur.de</u>



2. Dezember 2010/bwa02

# Eröffnung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen

#### Feierlicher Senatsempfang zum ersten Fraunhofer-Ableger in Hamburg

Das Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) ist eine Anlaufstelle für professionelle Auftragsforschung für private und öffentliche Auftraggeber aus der maritimen Wirtschaft, u.a. für Häfen, Terminalbetreiber, Reedereien und Logistikdienstleister. Angebunden an das renommierte Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik IML in Dortmund kann das CML an der TU Hamburg in Harburg auf umfassende Erfahrungen im Forschungs- und Beratungsumfeld zurückgreifen.

Mit der Professur für Maritime Logistik an der TUHH sind die personellen Voraussetzungen für den Aufbau des CML in Hamburg geschaffen worden. Mit der Initiativ-Förderung durch die Freie und Hansestadt Hamburg in Höhe von 6 Mio. € wurde darüber hinaus der Grundstein gelegt, in den nächsten Jahren Auftragsforschung für die maritime Wirtschaft in den Bereichen Prozesse, Planung und Prognosen in der Hansestadt zu etablieren. Dabei wird das CML auch die vorhandenen Kompetenzen der Technischen Universität Hamburg Harburg auf dem Gebiet der maritimen Logistik nutzen und bündeln. Durch die Ansiedlung des Instituts wird das Angebot an anwendungsorientierter Forschung noch weiter verbessert und der Wissenschaftsstandort Hamburg insgesamt gestärkt und nachhaltig ausgebaut. Gerade im Bereich der maritimen Wirtschaft empfiehlt sich Hamburg für Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen als exzellenter Standort.

Wirtschaftssenator Ian Karan: "Heute feiern wir einen epochalen Schritt: Hamburg wird erstmals Sitz einer Einrichtung der Fraunhofer-Gesellschaft. Mit der Gründung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen wird die internationale Bedeutung Hamburgs als Forschungsstandort auch in der Logistik jetzt weiter gestärkt und nachhaltig ausgebaut. Mit dem CML wird nicht nur Hamburgs Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur nachhaltig gestärkt werden, sondern auch die Wirtschaft insgesamt."

Professor Ulrich Buller, Forschungsvorstand der Fraunhofer-Gesellschaft: "Hamburg war bisher das einzige Bundesland ohne Fraunhofer-Einrichtung. Diese Lücke können wir nun mit der Eröffnung des Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen CML schließen. Mit seinen Forschungsschwerpunkten Seehafenplanung und Flottenmanagement, maritime Prognosen und Technologien sowie

Prozessgestaltung und -steuerung will das CML dazu beitragen, die Wissens- und Forschungsinfrastruktur

sowie die Wirtschaft in der Hansestadt zu stärken."

Professor Dr.-Ing. Carlos Jahn, Leiter CML: "Mit unserer anwendungsorientierten Forschung zielen wir

darauf ab, Logistikinnovationen für die maritime Wirtschaft zu initiieren, zu fördern und zu begleiten.

Aufbauend auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten wir praxisorientiert an neuen Lösungen

für unsere privaten und öffentlichen Auftraggeber. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der

Nachhaltigkeit und der Sicherheit der maritimen Transportkette und der beteiligten Akteure sind für uns

dabei von besonderer Relevanz."

Kontakt:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

E-Mail: Pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

11



2. Dezember 2010/bsu02

### Gemeinsam durch den Winter

Der Winterdienst der Stadtreinigung Hamburg (SRH) hat in diesem Winter erstmals von der Stadt zusätzliche städtische Aufgaben übernommen. Aber auch die Anlieger sind aufgefordert, ihren Räum- und Streupflichten nachzukommen. Die Bezirksämter haben die Aufsichtspflicht.

Mit einer umfassenden Neuausrichtung des Winterdienstes hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern und der Stadtreinigung Hamburg auf Erkenntnisse und Erfordernisse aus dem vergangenen Extremwinter reagiert. Die Aufgaben der Stadt wurden bei der Stadtreinigung konzentriert, für die Gehwege vor der eigenen Tür bleiben aber weiterhin die Anlieger verantwortlich. Es ist damit Aufgabe der Bezirksämter, die Anlieger auf ihre Pflicht hinzuweisen und notfalls auch mit hoheitlichen Mitteln für sichere Gehwege zu sorgen. Grundlage für ein einheitliches Vorgehen dabei ist eine neue Handreichung, die **Senatorin Dr. Gundelach** heute an die Bezirksämter verschickt hat. Die Handreichung war nach dem letzten Winter von BSU und Bezirksämtern gemeinsam entwickelt worden. Senatorin Gundelach: "Nach der Bündelung der städtischen Zuständigkeiten bei der Stadtreinigung haben wir nun auch für den Bereich der Anliegerverpflichtung einheitliche Vorgaben. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit und mit der Hilfe aller Hamburgerinnen und Hamburger gut durch den Winter kommen."

So sind die Aufgaben im Winterdienst verteilt:

#### Mehr Winterdienst durch die Stadtreinigung Hamburg

Wie bisher streut und räumt die SRH rund 3.300 Kilometer Fahrbahnstrecke von Hauptverkehrsstraßen und rund 12.000 Fußgängerübergänge wie "Zebrastreifen" und deren Mittelinseln. Erstmalig in diesem Winter streut oder räumt die SRH auch knapp 1.100 Kilometer Gehwege. Dabei handelt es sich um Gehwegstrecken ohne Anlieger (z. B. auf Brücken, auf Gehwegen entlang von Parks oder Grünanlagen, an Wasserläufen). Ebenso werden rund 4.000 Bushaltestellen (mit Ausnahme von Busbahnhöfen) und rund 180 Kilometer ausgewählte Radwege im innerstädtischen Bereich (einschließlich zweier kleinerer Netze in Harburg und Bergedorf) durch die SRH gestreut oder geräumt.

Damit die Bürgerinnen und Bürgern Flächen melden können, auf denen nicht oder nur ungenügend

geräumt und gestreut wurde, ist wieder die Winterdienst-Hotline eingerichtet worden. Die Hotline ist unter

der Telefonnummer 25 76 - 13 13 zu erreichen.

Winterdienst auf Gehwegen: Anlieger müssen die Schippe schwingen

Keine Veränderungen gibt es bei den Räum- und Streupflichten der Grundeigentümer. Sie sind weiterhin

dafür verantwortlich, dass grundstückseigene und angrenzende öffentliche Gehwege rechtzeitig von

Schnee und Eis befreit werden. Dazu gehört gegebenenfalls auch, eine Verbindung vom Gehweg zur

Bushaltestelle, zum Fußgängerüberweg, -tunnel oder -brücke zu schaffen.

Zu beachten ist, dass der Schnee sofort nach Ende des Schneefalls geräumt werden muss und

Glättebildungen unmittelbar nach Eintritt abgestreut werden müssen (mindestens ein Meter breit, bei

Eckgrundstücken bis zur Bordsteinkante). Bleibt es trotzdem glatt, muss das Eis mechanisch entfernt

werden. Bei Schneefall oder Glättebildung nach 20 Uhr haben Anlieger für ihren "Winterdienst" bis morgens

8.30 Uhr Zeit, an Sonn- und Feiertagen bis 9.30 Uhr. Salz darf auf Gehwegen nicht verwendet werden, es

dürfen nur abstumpfende Streustoffe wie Kies, Splitt oder Sand zum Einsatz kommen. Schnee darf zudem

nicht auf die Fahrbahn oder den Radweg geschoben werden.

Weitere Informationen unter: www.abfall.hamburg.de

Für Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Pressestelle

Tel.: 040 / 428 40 -3063

Mail: bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de

13



29. November 2010/bsg29

#### Kooperation statt Konkurrenz von Schule und Jugendhilfe

Sozialsenator Dietrich Wersich zeichnet partnerschaftliche Entwicklung von Ganztagsschulen aus

Die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendhilfe ist zentral für die Entwicklung erfolgreicher Ganztagsschulen. Drei Schulen und ihre jeweiligen Partner aus Vereinen, Verbänden und staatlicher Jugendhilfe haben heute von Sozialsenator Dietrich Wersich eine mit jeweils 30.000 Euro dotierte Unterstützung erhalten. Sie sind Sieger des Wettbewerbs "Kooperative Steuerung im Ganztag", mit dem Modellstandorte für die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe im Rahmen der Entwicklung von Ganztagsschulen gesucht wurden. Die Preisverleihung fand in der Ganztagsschule St. Pauli statt, die gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern zu den Preisträgern gehört. Ebenfalls dazu gehören die Grund- und die Stadtteilschule Poppenbüttel sowie die Stadtteilschule Lohbrügge mit ihren jeweiligen Partnern. Die Preisträger wurden aus 28 Bewerbern mit Unterstützung des Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker von der Universität Hamburg ausgewählt.

"Ich bedaure sehr, dass die Preisvergabe wegen des Ausstiegs der GAL aus der Koalition heute nicht wie geplant mit Frau Goetsch stattfinden kann. Gerade die persönliche Zusammenarbeit und die unserer Behörden war so konstruktiv wie selten zuvor", erklärte **Senator Dietrich Wersich** anlässlich der Preisverleihung.

"Ob Häuser der Jugend, Sportvereine, Bauspielplätze oder Mädchentreffs: Es gibt gute und vielfältige staatlich oder privat finanzierte Angebote für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule", so **Senator Wersich** weiter. "Es geht um Kooperation statt Konkurrenz zum Vorteil der Kinder. Beide Systeme haben das gleiche Ziel: Sie wollen, dass Kinder und Jugendliche mit dem gerüstet sind, was sie für den Start in ihr eigenes Leben brauchen. Da ist die enge Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe nur konsequent. Beim Ausbau ihrer Ganztagsangebote können die Schulen von der Erfahrung der Jugendhilfe und -arbeit profitieren. Diese machen schon immer Angebote im Nachmittagsbereich. Deshalb setzen die Schul- und die Sozialbehörde darauf, die Kompetenzen und Ressourcen der Jugendhilfe in die Entwicklung der Ganztagsschulen einzubeziehen."

Wegen des unterschiedlichen Selbstverständnisses und der unterschiedlichen Tradition der beiden Arbeitsbereiche Schule und Jugendhilfe ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe besonders wichtig. Deshalb haben die beiden Behörden den heute mit der Preisverleihung abgeschlossenen Wettbewerb

ausgelobt, um Modellvorhaben für partnerschaftliche Kooperationen in der Ganztagsschule auszuzeichnen und zu unterstützen.

#### Die Preisträger:

#### 1. Bezirk Wandsbek

Hort der AWO

Sportclub Poppenbüttel

CVJM Oberalster

Freiwilligen Forum Poppenbüttel

Bauspielplatz Tegelsbarg

Marktkirche Poppenbüttel

Berufsorientierung Tegelsbarg

Grundschule Poppenbüttel

Stadtteilschule Poppenbüttel

Langfristig wollen sich die offene Ganztagsgrundschule Poppenbüttel (seit 2010/11) und die Stadtteilschule Poppenbüttel zu gebundenen Ganztagsschulen entwickeln. An der Stadtteilschule werden bereits heute rund 50 Nachmittagskurse für interessierte Schülerinnen und Schüler angeboten, an denen etwa 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler teilnehmen.

Die Kooperationspartner planen die Gründung eines "Netzwerks Poppenbüttel", um ein abgestimmtes und weit gefächertes Nachmittagsprogramm für die Jugendlichen des Stadtteils zu entwickeln und dabei auch die Interessen der beteiligten Organisationen zu berücksichtigen.

#### 2. Bezirk Bergedorf

Freizeit- und Segelzentrum Haus Warwisch e.V.

In Via Clippo Kinder- und Jugendtreff

Dolle Deerns e.V., Mädchentreff Lohbrügge

AWO, Mobilo und Jugendtreff im Billebogen

Sprungbrett e.V., Kifaz Lohbrügge

Lola Kulturzentrum

Jugendfreizeit und Beratungszentrum KAP

Stadtteilschule Lohbrügge

Die Stadtteilschule Lohbrügge hat einen Antrag auf Umwandlung in eine gebundene Ganztagsschule gestellt. Im Schuljahr 2009/10 wurde das Angebot an Neigungskurzen und Arbeitsgemeinschaften bereits

erweitert. Die Partner im Stadtteil planen, einen Kooperationsausschuss Ganztag zu gründen, in dem die sie ihre Angebote aufeinander abstimmen, die Räume der Schule werden den außerschulischen Partnern in den Zeiten außerhalb des Unterrichts zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Der Kreis der Teilnehmer soll möglichst ausgeweitet werden.

3. Bezirk Mitte

Jugendhaus der St. Pauli Kirche

Kinder- und Jugendtagesstätte Silbersack

Kölibri/GWA

Stadtteilschule St. Pauli/Königstraße/Rudolf-Roß – Standort Ganztagsschule St. Pauli

Ganztagsgrundschule St. Pauli

Grundschule, Stadtteilschule und Kooperationspartner ermitteln in einem gemeinsamen Gremium "Ganztag St. Pauli" den Bedarf an Angeboten und besprechen Angebotsstruktur und Tagesrhythmus. Sie streben eine enge Zusammenarbeit zwischen Kursleiterinnen und Kursleitern und den Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern an. Zusätzlich wird ein System der Qualitätssicherung erarbeitet.

Ganztagsschulen in Hamburg

In Hamburg gibt es im Schuljahr SJ 2010/11 insgesamt 172 Ganztagsschulen, davon sind 98 offenen Ganztagsschulen (inkl. Gymnasien) und 74 gebundene oder teilgebundene Ganztagsschulen.

In der laufenden Legislaturperiode haben bisher insgesamt 31 Schulen begonnen, sich neu zu Ganztagschulen zu entwickeln. Langfristig sollen alle Schulen in Hamburg zu Ganztagsschulen werden.

#### Für Rückfragen der Medien:

#### **Brigitte Köhnlein**

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung T: (040) 428 63 - 2003

F: (040) 427 978 368

E: brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

#### Julia Seifert

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

T: (040) 428 63 - 2889 F: 428 63-38 49

E: julia.seifert@bsg.hamburg.de



29. November 2010/bsb29

#### Hinweis an die Medien

#### Internationale Bildungsexperten treffen sich in Hamburg

Bildungsfachleute aus zehn europäischen Staaten sind vom 29. November bis zum 3. Dezember 2010 zum Wissensaustausch am Institut für Bildungsmonitoring (IfBM). Sie wollen die Qualitätsentwicklung und Standardsicherung im europäischen Zusammenhang diskutieren und den Stand zur internen und externen Evaluation an selbstverantworteten Schulen kennen lernen.

Durch Fachvorträge seitens des Instituts, der Behörde für Schule und Berufsbildung und des Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung erhalten die Gäste einen Überblick über die Reformmaßnahmen in Hamburg. Die Teilnehmer erhalten zudem Einblick in den Alltag und die Evaluationsmaßnahmen von Schulen: Gymnasium Blankenese, Ganztagsgrundschule Franzosenkoppel, Winterhuder Reformschule und die Staatliche Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik. Der Studienbesuch wurde in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) vorbereitet. Er bildet einen Teil des "EU-Programms für Lebenslanges Lernen 2007-13". Die Mitglieder der Delegation arbeiten in Bildungsministerien, Schulinspektionen, Bildungs- und Evaluationseinrichtungen. Der Besuch ist von der Europäischen Kommission als besonders relevant für die zukünftige europäische Zusammenarbeit im Bereich der Qualitätsentwicklung im Bildungswesen eingeschätzt worden. Die Ergebnisse werden in eine Dokumentation und eine internationale Tagung im Februar 2011 in Thessaloniki einfließen. Das IfBM setzt sich mit Impulsen aus Ländern fachlich auseinander, die in der Sicherung von schulischer Qualität eine Vorreiterrolle spielen, z.B. Norwegen, Belgien, Niederlande.

#### Das Institut für Bildungsmonitoring (IfBM)

Das IfBM ist eine Dienststelle der BSB und wurde im März 2007 gegründet. Es erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Schulen. Auf der Grundlage empirischer und statistischer Verfahren trägt es mit seinen Analysen und Berichten (z.B. Bildungsbericht Hamburg) zur kontinuierlichen Beobachtung des Schulwesens, seiner Rahmenbedingungen und Ergebnisse bei. Infos: www.bildungsmonitoring.hamburg.de

#### Rückfragen

Melanie Nickel

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

E: Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de



#### 1. Dezember 2010/bsb01a

## Stabile und verlässliche Schulen sowie guter Unterricht haben Priorität Senator Wersich zu den Herausforderungen als Schulsenator

Nach dem überraschenden Ausstieg der GAL aus der Koalition hat Sozial- und Gesundheitssenator Dietrich Wersich neben dem Amt des Zweiten Bürgermeisters auch die Leitung der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) übernommen.

"Persönlich kann ich die Entscheidung der GAL zur Auflösung der Koalition nicht nachvollziehen. Aus meiner Sicht gestaltete sich das persönliche Miteinander gut. Auch zwischen der Schul- und der Sozialbehörde war die Zusammenarbeit so konstruktiv und produktiv wie seit 20 Jahren nicht", so **Senator Wersich**. Zur neuen Aufgabe und seine Prioritäten bezüglich der Bildungsbehörde erklärt er: "Ich werde die kommenden Tage nutzen, um mir einen Überblick über die Strukturen und die derzeit in der Bildungsbehörde anstehenden Entscheidungen zu verschaffen. Es gilt festzustellen, welche Prozesse und Vorhaben laufen, was bleiben kann oder muss und was zu modifizieren ist. Dabei ist es für mich wichtig schnell zu klären, welche Entscheidungen vordringlich sind und welche Fragen als erstes beantwortet werden müssen, um stabile und verlässliche Schulen zu gewährleisten. Ein guter Unterricht für Kinder und Jugendliche hat für mich oberste Priorität."

#### Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de



1. Dezember 2010/bsg01

## Besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen

Hamburg setzt sich am Runden Tisch gegen sexuellen Missbrauch in Berlin für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt ein

Die Hamburger Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert wird am heutigen Mittwoch gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig die Länder bei der Sitzung des Runden Tisches gegen sexuellen Kindesmissbrauch in Berlin vertreten. Zu der Sitzung haben die Bundesministerinnen Dr. Kristina Schröder, Prof. Dr. Annette Schavan und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eingeladen. Der Schwerpunkt der heutigen Beratungen liegt auf der Diskussion eines Zwischenberichtes.

Hamburg hat an der Erarbeitung der Empfehlungen des Zwischenberichtes maßgeblich mitgewirkt und an allen zehn Arbeitsgruppensitzungen des Runden Tisches im Bundesfamilienministerium, im Bundesjustizministerium und im Bundesministerium für Bildung und Forschung teilgenommen und in weiteren Arbeitsgruppen mitgewirkt. "Dieses hohe Engagement Hamburgs ist Ausdruck des Willens, maßgeblich auf eine Verbesserung sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention hinzuwirken. Wir brauchen einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt", sagt Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich, der heute aufgrund Hamburger Prioritäten nicht selbst in Berlin am Runden Tisch teilnehmen kann.

Verbesserungen erwartet Senator Wersich insbesondere in folgenden Bereichen:

"Wir brauchen Klarheit für alle Institutionen, in denen Kinder und Jugendliche betreut, erzogen oder ausgebildet werden. Sie müssen wissen, wie Kindesmissbrauch verhindert werden kann und was in einem Verdachtsfall zu tun ist, an wen sich Betroffene wenden und wie Kinder, Jugendliche, Eltern und Fachkräfte für das Thema am besten sensibilisiert werden können. In allen Einrichtungen sind deshalb verbindliche Strukturen der Prävention und Intervention festzusetzen", so **Wersich**. Dafür hat die Arbeitsgruppe "Standards in Institutionen, Einrichtungen und Verbänden" bereits erste Mindestanforderungen formuliert.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt darin, wie Angebote der Beratung, Begleitung und Unterstützung Betroffene besser erreichen, wie geschlechts- und zielgruppenspezifisch und wie existierende Hilfen koordiniert und vernetzt werden müssen. Wersich: "Es ist wichtig, bedarfsgerechte Diagnostik- und Behandlungsangebote zu entwickeln beziehungsweise auszubauen. Bislang stand neben der Verfolgung begangener Taten die Primärprävention im Vordergrund und damit die Frage, wie Menschen mit pädophiler Neigung erreicht

werden können, bevor sie Täter werden. Künftig werden auch Fragen und Maßnahmen zur

Sekundärprävention zu erörtern sein – insbesondere der Umgang mit sexuell grenzverletzendem Verhalten

Minderjähriger. Wer nachhaltige Wirkungen erzielen will, darf nicht nur bei erwachsenen Straftätern

ansetzen, sondern muss frühzeitig intervenieren." In diese Diskussion konnte Hamburg seine Erfahrungen

mit dem bundesweit einzigen Modellprojekt für diese Zielgruppe einbringen, in dem in den letzten drei

Jahren systematisch auf sexuell grenzverletzendes Verhalten von Minderjährigen mit Spezialdiagnostik und

ambulanter Rückfallprophylaxe reagiert wurde.

In der Arbeitsgruppe, die sich unter dem Vorsitz der Bundesjustizministerin mit Fragen der Strafverfolgung

beschäftigt hat, ist bereits früh die Entscheidung gefallen, keine Verschärfung des Straffrechts durch die

Einführung einer Anzeigepflicht anzustreben. Anstelle dessen soll eine Vereinbarung geschlossen werden,

in der Leitlinien zur Einschaltung von Strafverfolgungsbehörden verabredet werden. Die Beratungen hierzu

sind noch nicht abgeschlossen. "Mir liegt sehr daran, dass am Ende des Beratungsprozesses bundesweit

beachtete Leitlinien stehen, die den Schutz vor sexueller Gewalt verbessern und eine ausreichende

Berücksichtigung des Opferwillens zur Grundlage haben", so Wersich.

Abgeschlossen wurden aber die Beratungen zur Verbesserung der Rechtsstellung von minderjährigen

Opfern im Strafverfahren. Hier wird der Zwischenbericht konkrete Vorschläge enthalten.

Nach Vorlage des Zwischenberichtes und der Ergebnisse der Beratungen des Runden Tisches sollen die

Hamburger Fachorganisationen und die betroffenen Fachbehörden informiert und der Hamburger

Beratungsprozess fortgesetzt werden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

20



2. Dezember 2010/bsg02a

## Mehr Notschlafplätze für Obdachlose

## Ab morgen steht der Schutzraum am Hachmannplatz als Notschlafstätte zur Verfügung

Angesichts der winterlichen Lage und der Tatsache, dass die Kapazitäten im Winternotprogramm nahezu aufgebraucht sind, hat Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich in Absprache mit Bürgermeister Christoph Ahlhaus und Innensenator Heino Vahldieck heute Morgen beschlossen, dass die Stadt den Schutzraum am Hachmannplatz als zusätzliche Übernachtungsstätte für obdachlose Menschen zur Verfügung stellt. Außerdem hat die Sozialbehörde heute die am Winternotprogramm beteiligten Hilfsorganisationen der Obdachlosenszene zu einem Gespräch eingeladen, in dem die aktuelle Lage und weitere Hilfsbedarfe erörtert wurden.

Diskutiert wurden bei dem Treffen auch alternative Unterbringungen wie Turnhallen oder ein beheiztes Zelt. Ihnen gegenüber hat der Schutzraum am Hachmannplatz aber den Vorteil, dass er über einzelne Schlafräume verfügt und ausreichend sanitäre Einrichtungen vorhanden sind. Bis morgen wird das Technische Hilfswerk den Schutzraum herrichten. Die Details der Betreuung und der Versorgung vor Ort, zum Beispiel mit Essen und Getränken, werden zur Stunde noch geklärt.

Ebenfalls ein Thema auf der Besprechung war die hohe Zahl an osteuropäischen Obdachlosen im Winternotprogramm. Die Sozialbehörde wird nun gemeinsam mit den Einrichtungen aber auch mit den Konsulaten Möglichkeiten zur Klärung der individuellen Lage der Obdachlosen und zur Rückkehr in ihre Familien oder in Hilfsangebote in den Herkunftsländern klären. Unterstützung wird es hierbei auch durch den polnischen Sozialarbeiter der Stiftung BARKA geben, der am 1. November in Hamburg seine Arbeit begonnen hat und sich bereits gut in der osteuropäischen Obdachlosenszene vernetzt hat.

Von den freien Trägern der Obdachlosenhilfe kamen zusätzliche Angebote, einige ihrer Einrichtungen – bereits ab heute – auch nachts zu öffnen.

"Ich möchte ganz ausdrücklich allen Kooperationspartnern der Behörden, Institutionen und ehrenamtlich Engagierten im Winternotprogramm danken. Dank der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten können wir nun weitere Plätze zur Verfügung stellen und so die Obdachlosen unserer Stadt auch in diesen sehr kalten Tagen gut versorgen", so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. "Dafür ist es aber auch wichtig, dass die Obdachlosen wissen, wo sie Hilfe bekommen und die Schlafplätze auch annehmen. Deshalb appelliere ich auch an alle Hamburgerinnen und Hamburger, die in der Stadt auf Obdachlose treffen:

Machen Sie auf die Angebote aufmerksam. In Hamburg muss und sollte bei dieser Kälte niemand auf der

Straße übernachten."

Die Informationen zum Winternotprogramm in Kürze:

Insgesamt stehen im Winternotprogramm regulär rund 200 Plätze zur Verfügung: 100 in der

Notübernachtungsstätte Sportallee, 92 weitere in Containern bei Kirchengemeinden und sozialen

Institutionen. Ganzjährig gibt es darüber hinaus etwa 250 Plätze für Obdachlose: 190 im Pik As, 20 im

Frauenzimmer sowie weitere bei kirchlichen Einrichtungen. Das macht regulär im Winter etwa 450 Plätze.

Diese werden nun durch zusätzliche Betten im Pik As und in der Sportallee sowie im Schutzraum

Hachmannplatz erheblich aufgestockt. Hinzu kommt eine weitere Zahl an zusätzlichen Schlafplätzen, die

Träger der Obdachlosenhilfe kurzfristig zur Verfügung stellen können.

Die unbürokratische Vermittlung der Schlafplätze erfolgt über folgende Einrichtungen:

Tagesaufenthaltsstätte "Bundesstraße" im Diakoniezentrum für wohnungslose Menschen (Bundesstraße

101, Nähe U-Bahn-Station Christuskirche);

Bahnhofsmission am Hamburger Hauptbahnhof;

für Frauen zusätzlich durch den Tagestreff für obdachlose Frauen "Kemenate" (Charlottenstraße 30, Nähe

U-Bahnstation Emilienstraße).

Informationen zum Mehr Hilfesystem für Obdachlose gibt es auch im Internet unter:

www.hamburg.de/obdachlosigkeit

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/

22



2. Dezember 2010/bsg02

## Sicherer Umgang mit Import-Containern

Internationaler Workshop des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) der Hamburger Gesundheitsbehörde

Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen durch Begasungsmittelreste und flüchtige toxische Industriechemikalien sind ein weltweites Problem des internationalen Warenverkehrs. Um dieses Problem näher zu erläutern und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, trafen sich gestern rund 150 europäische Experten im Rahmen des internationalen Workshops "Sicherer Umgang mit Import-Containern" des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) der Gesundheitsbehörde in Hamburg.

"Studien zeigen immer wieder, dass Container vielfach über Grenzwerte hinaus begast sind und deshalb zunächst nicht weitergeleitet werden können. Das ist ärgerlich für Ex- und Importeure, im Sinne des Arbeits- und Verbraucherschutzes ist das Stoppen aber notwendig", so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. "Nur wenn international alle Beteiligten mithelfen, dann kann es gelingen, die Gesundheit von Arbeitnehmern im Hafen, im Logistikbereich und auch die Allgemeinbevölkerung nachhaltig zu schützen." Eine belgische Studie über die Benelux-Länder zeigte kürzlich, dass von ca. 43.000 Containern elf Prozent wegen Überschreitung von Grenzwerten, gestoppt werden mussten. Auch das Amt für Arbeitsschutz der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz weist in Veröffentlichungen immer wieder auf die Gefahren, z.B. beim Öffnen von begasten Containern, hin und gibt Handlungshilfen für Unternehmen.

Im Workshop des ZfAM, der unter der Leitung von Prof. Dr. med. Xaver Baur im Internationalen Seegerichtshof stattfand, berichtete beispielsweise Jan de Jong, niederländischer Gewerkschafter, über Entwicklung von Normen im sicheren Umgang mit Importcontainern in den Niederlanden. Ivan Tortarolo, Marinechemiker bei der genuesischen Hafenadministration, erläuterte hingegen die italienischen Erfahrungen. Darüber hinaus wurden u.a. Themen der medizinischen Diagnostik und der Verbrauchergefährdungen von Dr. Louis Verschoor und Dr. Atie Verschoor vom Zentrum für Umweltmedizin in Arnheim sowie von Dr. Alexandra Preisser und PD. Dr. rer. nat Lygia Budnik, Mitarbeiterinnen des ZfAM, behandelt.

"Die breite positive und internationale Resonanz auf den Workshop spiegelt den großen Informations- und Diskussionsbedarf und nicht zuletzt die Bedeutung des Themas wieder", so Prof. Baur. Neben Arbeitsmedizinern und Wissenschaftlern wurde der Workshop u.a. auch von Vertreterinnen und Vertretern des Zolls, der Feuerwehr, der Polizei, des Logistikbereichs, der Begasungsunternehmen sowie aus Ministerien und Behörden besucht.

#### Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, E-Mail: <a href="mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de">pressestelle@bsg.hamburg.de</a>,

Internet: www.hamburg.de/bsg



3. Dezember 2010/bsg03

### Für eine gesunde und sichere Arbeitswelt: Arbeitsschutz zukunftsfähig ausrichten! BSG legt fünften Hamburger Arbeitsschutzbericht vor

Was bedeutet Arbeitsschutz und wie richtet Deutschland seinen Arbeitsschutz zukunftsfähig aus? Welche Herausforderungen muss der Arbeitsschutz bewältigen und was bedeutet dies für den Arbeitsschutz in Hamburger Unternehmen? Das sind einige der Fragen auf die der fünfte Arbeitsschutzbericht der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) Antworten gibt. "Arbeitsschutz bedeutet weit mehr als im Betrieb Helme oder Handschuhe zu tragen, um Verletzungen zu vermeiden. Es geht auch darum, für kommende Aufgaben gerüstet zu sein. Investitionen in den Arbeitsschutz bedeuten Iohnende Investitionen in die Zukunft der Betriebe", so Verbraucherschutzsenator Dietrich Wersich. "Von den Verbesserungen profitieren Belegschaft wie Arbeitgeber. Das haben viele Unternehmen in Hamburg erkannt, insbesondere die, die sich in unserer ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg engagieren."

Bereits im Mai haben die Mitglieder der ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg beschlossen, ihr Bündnis für eine sichere und gesunde Arbeitswelt fortzusetzen: Handwerks- und Handelskammer, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Berufsgenossenschaften und das Amt für Arbeitsschutz der BSG verlängerten ihre Zusammenarbeit um weitere fünf Jahre. Verbraucherschutzsenator Wersich: "Das Bündnis ist ein Erfolg, da die Partner erkannt haben, dass ein verbesserter Arbeitsschutz nur durch gemeinsames konsequentes Handeln sämtlicher Akteure des Wirtschaftslebens bewältigt werden kann." Verständigten sich die Partner zu Beginn des Bündnisses über gemeinsame Ziele, Schwerpunkte und Vorgehensweisen, so wurde inzwischen mit Projekten, praxisgerechten Handlungshilfen und Informationsveranstaltungen erfolgreich der Weg in die betriebliche Praxis angetreten. Der Arbeitsschutzbericht zeigt u.a. welche Projekte auf den Weg gebracht und wie Netze zur Zusammenarbeit geknüpft wurden.

#### Weichen für den Arbeitsschutz neu gestellt

Mit der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) bestimmen Bund, Länder und Unfallversicherungsträger gemeinsam über die Arbeitsschutzziele in Deutschland. Die Arbeitsschutzbehörden der Länder und die Unfallversicherungen sind zur Kooperation verpflichtet, um diese Ziele zu erreichen. Elf Arbeitsprogramme der GDA starten jetzt in die betriebliche Praxis. Ganz gezielt sollen in bestimmten Branchen und Berufen, u.a. bei Betrieben, die auf der Straße und auf dem Betriebsgelände Güter transportieren, Unfälle vermieden, die Zahl der Hauterkrankungen, insbesondere in Berufen mit so genannter Feuchtarbeit, wie z.B. Friseure, gesenkt und Muskel- und Skeletterkrankungen,

z.B. in Büros, vermindert werden. Welche Projekte in Hamburg bereits gestartet sind und wie die Ziele der

GDA erreicht werden sollen, erläutert der Bericht.

Was zu tun bleibt

Der Bericht richtet den Blick aber auch in die Zukunft. Der ehemalige Direktor des Amtes für Arbeitsschutz,

Dr. Wilhelm Thiele, beschreibt, wie der Arbeitsschutz in Deutschland weiter entwickelt werden müsste,

damit er den modernen Anforderungen an Sicherheit und Gesundheit gerecht werden kann. Die

betriebliche Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz besser zu verzahnen oder kleine und mittelgroße

Unternehmen mehr zu berücksichtigen, sind zwei der Entwicklungen, die er für notwendig hält.

Auf den 76 Seiten des Berichtes erfahren Hamburger Betriebe darüber hinaus auch, dass sie für einen

vorbildlichen Arbeitsschutz ausgezeichnet werden können, wer diese Arbeitsschutzanerkennung bereits

vorweisen kann und welche Veranstaltungen oder neuen Publikationen das Amt für Arbeitsschutz anbietet.

Der Arbeitsschutzbericht kann kostenlos beim Amt für Arbeitsschutz der BSG unter der Rufnummer

040/428 37 3134 oder per E-Mail unter publicorder@bsg.hamburg.de bestellt werden. Er wird zudem im

Internet unter www.hamburg.de/arbeitsschutzpublikation zum Download zur Verfügung gestellt.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

25



29. November 2011/bwf29

### Neue Chemielabore HAW-Campus Bergedorf eingeweiht

## Studierende der Fakultät Life Sciences freuen sich über moderne und helle Laborräume

Der Campus Bergedorf der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) ist mit seinen Chemischen Laboren wieder auf dem neuesten Stand. Neun Monate hat es gedauert, bis die zwölf Labore und Technikräume saniert und neu ausgestattet waren. Heute wurden die frisch renovierten Labore, die zur besseren Orientierung mit einem neuen Farbleitungssystem ausgestattet sind, von Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach, HAW-Präsident Prof. Dr. Stawicki und dem Dekan der Life Sciences-Fakultät, Prof. Dr. Wacker, zusammen mit den Studierenden offiziell dem Betrieb übergeben.

Mit der Sanierung der Chemischen Labore an der Fakultät Life Sciences der HAW Hamburg zieht nun ein neuer Standard in die Gebäude an der Lohbrügger Kirchstraße ein. Möglich machte dies das Konjunkturprogramm II des Bundes sowie die Mithilfe des Hamburger Senats. Insgesamt wurden rund vier Millionen Euro investiert, um die Qualität der Lehre am Campus Bergedorf sicherzustellen.

Nachdem im Jahr 2000 erst ein Labor teilsaniert wurde, sind nun alle Labore wieder einsatzfähig und sicherheitstechnisch auf den neuesten Stand gebracht. Die größten und wichtigsten Neuerungen der sanierten Labore sind die neuen Abzugssysteme. Durch 37 neue Abzüge ist nun eine technisch einwandfreie und präzise funktionierende Luftumwälzung garantiert. Außerdem ist es durch die hohe Anzahl der Abzüge jetzt möglich, gleichzeitig mehrere Studierende in kleineren Gruppen zu unterrichten. Eine weitere Neuerung ist das zentrale Gasflaschenlager mit Sicherheitsschränken, das es der Feuerwehr ermöglicht, sich im Falle eines Unfalls sicher in den Räumen zu bewegen. Zusätzlich ist darauf geachtet worden, dass die Labore energieeffizient neu aufgebaut wurden, um so nachhaltig Kosten zu sparen. In den neuen Laboren ist eine Wärmerückkopplung eingebaut, so dass die Raumtemperatur durch Wärmerückgewinnung effektiv genutzt wird.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach, die auf einem Rundgang die neuen Labore besichtigte, hielt fest: "Die Sanierung und Neustrukturierung der rund 30 Jahre alten Chemielabore nach neuestem Stand der Technik war nicht einfach. Besonders beeindruckend ist, dass die Arbeiten gewissermaßen 'am offenen Herzen', also während des laufenden Studienbetriebs, durchgeführt wurden. Das hat gut geklappt und die Labore sind nun in Betrieb. Gute Lehre in guten Räumen, dieses Konzept greift. Ich wünsche allen Nutzern, dass das Lehren und Lernen noch mehr Freude macht."

Dipl.-Ing. Klaus Kösling, Laborbetriebsleiter, freut sich über die Sanierung "Ich bin wirklich glücklich, dass die Sanierungsmaßnahmen in diesem Umfang durchgeführt wurden. Mit den Ingenieurbüros und der Hochschulbaudienststelle hat alles reibungslos geklappt. Nun bringt es allen mehr Spaß, den Mitarbeitern sowie den Studierenden. Wir arbeiten nun in hellen und freundlichen Laboren, die jetzt auch mit einem

neuen Farbleitsystem ausgestattet sind. So finden sich alle besser zurecht."

#### Kontakt:

HAW Hamburg
Fakultät Life Sciences
Dipl.-Ing. Klaus Kösling

Tel.: 040 42875-6165

E-Mail: klaus.koesling@ls.haw-hamburg.de

#### Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Pressestelle der HAW Hamburg, Dr. Katharina Ceyp-Jeorgakopulos Tel.: 040 428 75-9132, E-Mail: <a href="mailto:presse@haw-hamburg.de">presse@haw-hamburg.de</a>



30. November 2010/bwf30

# Neuer naturwissenschaftlicher Campus Bundesstraße – Startschuss für umfassende Bürgerbeteiligung

Unter dem Motto "Uni baut Zukunft" startet mit einer öffentlichen Auftaktveranstaltung heute Abend um 20 Uhr im Geomatikum die Bürgerbeteiligung für die Modernisierung und den Ausbau des Campus Bundesstraße. Interessierte und Anwohner können sich bis Mitte Januar in acht Veranstaltungen über die Planungen informieren und Kriterien für den anschließenden städtebaulichen Wettbewerb mit entwickeln.

"Der Ausbau der Universität am jetzigen Standort ist für die Wissensmetropole Hamburg wie auch für Eimsbüttel eine große Chance, die wir mit der Universität, den Bürgern und dem Bezirk gemeinsam gestalten wollen", sagt **Dr. Herlind Gundelach**, Senatorin für Wissenschaft und Forschung. Zusammen mit **Prof. Dr. Dieter Lenzen**, Präsident der Universität Hamburg, und **Dr. Torsten Sevecke**, Bezirksamtsleiter Eimsbüttel, erläutert sie heute im Geomatikum das Verfahren für die Bürgerbeteiligung sowie für den städtebaulichen Wettbewerb zum Umbau des Campus Bundesstraße. Mit dem städtebaulichen Wettbewerb soll ein Gesamtkonzept für den Campus entwickelt werden, auf dem dann wesentliche Teile der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaft (MIN-Fakultät) konzentriert werden.

Das von dem Moderator Markus Birzer geleitete Beteiligungsverfahren startet vor dem städtebaulichen Wettbewerb, da die Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren in den Wettbewerb einfließen sollen. In sechs Fokusgruppen mit jeweils rund 25 Teilnehmern können einzelne Themen (wie z.B. Campusgestaltung, Quartiersentwicklung) bis Mitte Januar ausführlich diskutiert werden. Auf einem eintägigen Workshop am Samstag, den 22. Januar 2011 mit rund 100 Teilnehmern werden die Ergebnisse zusammengetragen und ein Kriterienkatalog für den städtebaulichen Wettbewerb erarbeitet (s. Termine).

Anschließend entwickeln im Rahmen eines Wettbewerbs maximal 25 Planungsbüros jeweils ein städtebauliches Gesamtkonzept für den künftigen Campus Bundesstraße und entwerfen Pläne für erste Neubauten am Geomatikum bzw. auf Flächen an der Bundesstraße/Ecke Sedanstraße (1. Bauabschnitt). Der Wettbewerb wird Anfang Dezember europaweit angekündigt; aus den Bewerbern werden Mitte Februar 2011 die teilnehmenden Teams ausgewählt, die dann von März bis Mai 2011 ihre Entwürfe entwickeln. Im Juli 2011 soll das Preisgericht über die Sieger entscheiden. "Wir wünschen uns einen urbanen Campus mit hoher Aufenthaltsqualität, neue Wege für Fußgänger und Radfahrer sowie eine Öffnung der Universität zum Stadtteil", sagt **Dr. Torsten Sevecke**, Bezirksamtsleiter Eimsbüttel. "Der

Wettbewerb soll zeigen, wie die Modernisierung und Erweiterung der Uni mit den Interessen des Bezirks und seiner Bürgerinnen und Bürger in Einklang gebracht werden können."

#### Neue Gebäude und enge Vernetzung: Der KlimaCampus nimmt Gestalt an

Auf dem Campus Bundesstraße sollen die vier naturwissenschaftlichen Departements – Geowissenschaften, Informatik, Mathematik und Chemie (kurz: MIN-Fakultät) – künftig in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelt werden. "Dank neuer Gebäude und der räumlichen Nähe aller wichtigen Partner rund um das Exzellenz-Cluster (CliSAP) nimmt der KlimaCampus damit endlich Gestalt an", sagt **Prof. Dr. Dieter Lenzen**, Präsident der Universität Hamburg.

Im Rahmen des 1. Bauabschnitts entstehen Neubauten für den KlimaCampus (20.000 qm Hauptnutzfläche – HNF), die Informatik (8.000 qm HNF), für eine zentrale Bibliothek und Hörsäle (9.500 qm HNF) sowie für eine Mensa (3.000 qm HNF). Wo genau die Gebäude errichtet werden und in welchem Gebäude die Nutzer der MIN-Fakultät bzw. die Einrichtungen untergebracht werden, wird erst in der Wettbewerbsvorgabe entschieden. Der Baubeginn für das erste Gebäude ist für 2013 geplant.

Im anschließenden zweiten Bauabschnitt wird das Geomatikum modernisiert. Sein Erhalt hat sich als wirtschaftlicher erwiesen als ein Abriss und Neubau des Gebäudes. Die Gestalt des Geomatikums soll durch einen gesonderten Fassadenwettbewerb deutlich verbessert werden. Ein dritter Bauabschnitt wird die Chemie zwischen der Bundesstraße und der Grindelallee betreffen sowie einen Neubau für das Max-Planck-Institut für Meteorologie. Auf jeden Fall erhalten werden neben dem Geomatikum auch das Deutsche Klimarechenzentrum sowie das Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften. Sicher abgerissen werden die sogenannte "ZMK-Baracke" an der Sedanstraße, der Pavillon am Geomatikum und die Zoologie (Martin-Luther-King-Platz 3).

#### Raum- und Funktionsprogramm: Dringender Flächen- und Sanierungsbedarf

Die Modernisierung und der Umbau der Universität starten an der Bundesstraße, da ein im Dezember 2009 von der Behörde für Wissenschaft und Forschung in Auftrag gegebenes Raum- und Funktionsprogramm gezeigt hat, dass die Flächenbedarfe der MIN-Fakultät noch schneller gewachsen sind als in der "Studie zur baulichen Entwicklung der Universität" vom April 2009 angenommen. Die Fakultät benötigt dringend Erweiterungsflächen, u.a. für expandierende Forschung und studentische Arbeitsplätze. Zudem müssen zahlreiche Gebäude – insbesondere das Geomatikum – rasch saniert werden. Ganz wesentlich ist jedoch die zügige Planung eines Neubaus für das Exzellenz-Cluster CliSAP, da die Universität bereits im Herbst 2011 den Antrag auf Weiterförderung stellen muss und hierfür der Entwurf für den Neubau vorliegen muss.

Alle Infos zum Projekt "Uni baut Zukunft" und zum städtebaulichen Wettbewerb gibt es im Internet auf: <a href="https://www.uni-baut-zukunft.hamburg.de">www.uni-baut-zukunft.hamburg.de</a>

## Termine für das Beteiligungsverfahren zum städtebaulichen Wettbewerb Campus Bundesstraße

Für die Teilnahme an allen Veranstaltungen ist aus organisatorischen Gründen eine persönliche Anmeldung erforderlich (E-Mail: kontakt@uni-baut-zukunft.hamburg.de).

Ort: Staatliche Gewerbeschule Installationstechnik, Aula, 2. OG, Raum 219, Bundesstraße 58

#### Fokusgruppe "Angehörige der Universität"

(Studierende/Fakultät/Verwaltung)

Dienstag, 7. Dezember 2010, 19.00 – 22.00 Uhr

#### Fokusgruppe "Anwohnerinnen und Anwohner"

Montag, 13. Dezember 2010, 19.00 - 22.00 Uhr

#### Fokusgruppe "Städtebauliche Fragen: Campusgestaltung"

Donnerstag, 16. Dezember 2010, 19.00 – 22.00 Uhr

#### Fokusgruppe "Städtebauliche Fragen: Quartiersentwicklung insgesamt"

Montag, 10. Januar 2011, 19.00 – 22.00 Uhr

#### Fokusgruppe "Anwohnerinnen und Anwohner"

Samstag, 15. Januar 2011, 19.00 - 22.00 Uhr

#### **Fokusgruppe**

Dienstag, 18. Januar 2011, 19.00 - 22.00 Uhr

#### Ideenworkshop

Samstag, 22. Januar 2011, ganztägig

genaue Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben.

#### Kontakt:

Markus Birzer

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer

Tel.: 0172 99 70 994

E-Mail: <u>kontakt@uni-baut-zukunft.hamburg.de</u>

#### Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: <u>pressestelle@bwf.hamburg.de</u>

Universität Hamburg, Christiane Kuhrt,
Tel.: 040 42838-1809, E-Mail: <a href="mailto:christiane.kuhrt@uni-hamburg.de">christiane.kuhrt@uni-hamburg.de</a>

Bezirksamt Hamburg Eimsbüttel, Jutta Bechmann

Tel.: 040 42801-2053, E-Mail: pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de



2.Dezember 2010/bwf02a

## Deutschlands höchstdotierter Förderpreis an UKE-Wissenschaftler verliehen

#### Leibniz-Preis für Professor Christian Büchel

Deutschlands wichtigster Forschungsförderpreis geht auch nach Hamburg an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) heute Nachmittag mitteilte, erhält der Neurowissenschaftler **Prof. Dr. med. Christian Büchel** als einer von insgesamt zehn Forschern den mit jeweils 2,5 Millionen Euro dotierten Preis.

Christian Büchel bekommt den Leibniz-Preis für seine grundlegenden Forschungen zu neuronalen Netzwerkeigenschaften, die bei komplexen Hirnprozessen wie Lernen, Gedächtnis, Sprache, Angst und Schmerz zum Tragen kommen. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit waren die Erforschung der Mechanismen, die Angst und Furcht auslösen. Hier zeigte er als Erster am Menschen, dass die Amygdala – eines der Kerngebiete des Gehirns – beim Entstehen von Ängsten eine zentrale Rolle spielt.

Ebenso richtungweisend sind Büchels Beobachtungen zur Regulation der Aufmerksamkeit des Menschen und der Einfluss von Schmerz auf die Wahrnehmung. Die oft mit einem hohen technischen Aufwand durchgeführten Forschungen sind auch für die klinische Anwendung hochrelevant.

"Dieser Preis gilt meinem gesamten Team und ist der Lohn für unser jahrelanges Engagement. Mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir unsere Forschungsthemen zukünftig noch intensiver vorantreiben können", so **Prof. Christian Büchel**, Lehrstuhlinhaber für Systemische Neurowissenschaften am UKE, nach der Mittelung durch die DFG.

**Dr. Herlind Gundelach,** Senatorin für Wissenschaft und Forschung: "Ich gratuliere Herrn Prof. Büchel ganz herzlich zu dieser höchstbedeutenden Auszeichnung. Seine herausragenden Arbeiten auf dem Gebiet der neuronalen Netzwerkeigenschaften haben die DFG überzeugt, ihm diesen Förderpreis zu verleihen. Ich freue mich sehr, dass der Wissenschaftsstandort Hamburg einmal mehr in den bundesweiten Focus rückt. Prof. Büchel zeigt, dass die Hansestadt gute Voraussetzung für Spitzenforschung bietet."

"Wir sind froh, einen so engagierten Wissenschaftler wie Prof. Büchel in unseren Reihen zu wissen, der mit seiner menschlichen und fachlichen Kompetenz einen unschätzbaren Beitrag für die Gesundheitswissenschaften hier am UKE leistet", erklärt Prof. Dr. Jörg F. Debatin, Ärztlicher Direktor und

Vorstandsvorsitzender des UKE.

Der Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen: "Die Universität Hamburg ist

außerordentlich erfreut, dass ein Professor ihres Kollegiums einen der diesjährigen Leibniz-Preise

zugesprochen bekommen hat. Dazu gebührt ihm die Gratulation der gesamten Universität und meine

persönlichen Glückwünsche auch für die Zukunft seiner wissenschaftlichen Arbeit."

Prof. Büchel ist auch Sprecher des Clusters "neurodapt!" der Hamburger Landesexzellenzinitiative (LEXI).

Der Cluster hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit von Neurowissenschaftlern in Hamburg zu

stärken und aufzuklären, wie genau Gene und Moleküle zu umfangreichen neuronalen Interaktionen führen

und damit Kognition und Verhalten ermöglichen.

Über den Leibniz-Preis

Der Leibniz-Preis wird seit 1986 jährlich von der DFG vergeben. Er zeichnet herausragende Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler für ihre Forschungen auf allen Gebieten der Wissenschaft aus. Sie erhalten mit dem Preis ein Preisgeld von in der

Regel jeweils 2,5 Millionen Euro, das sie in einem Zeitraum von bis zu sieben Jahren nach ihren eigenen Vorstellungen und ohne bürokratischen Aufwand für ihre wissenschaftliche Arbeit ausgeben können. Bislang wurden 303 Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler mit dem Preis ausgezeichnet, der auch weltweit als einer der wichtigsten Wissenschaftspreise gilt; sechs

Preisträger erhielten nach dem Leibniz-Preis auch den Nobel-Preis.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Dr. med. Christian Kreher

Tel.: 040 7410-56060, E-Mail: c.kreher@uke.de

Universität Hamburg, Christiane Kuhrt,

Tel.: 040 42838-1809, E-Mail: <a href="mailto:christiane.kuhrt@uni-hamburg.de">christiane.kuhrt@uni-hamburg.de</a>

33



Hamburg, den 1. Dezember 2010/rh01

### **Pressemitteilung**

### **Budgetrecht im Neuen Haushaltswesen**

## Rechnungshof legt Beratende Äußerung zur neuen Haushaltssteuerung anhand von Zielen und Wirkungen vor

Für jeden Senat und jede Bürgerschaft stehen zwei Fragen im Vordergrund: Für welche konkreten Ziele soll wie viel an öffentlichen Geldern eingesetzt werden? Inwieweit werden die Ziele tatsächlich erreicht?

Das Neue Haushaltswesen bietet für eine neue Legislaturperiode die Chance, diese beiden Fragen besser beantworten zu können. Insbesondere die Wahrnehmung des Budgetrechts der Bürgerschaft kann so gestärkt werden.

Der Rechnungshof hat heute Senat und Bürgerschaft eine Beratende Äußerung zur Einführung des Neuen Haushaltswesens übergeben, einer Reform, die er seit Beginn begleitet. Er hat die konzeptionelle Ausrichtung daraufhin untersucht, ob sich die angestrebten Ziele erreichen lassen.

Künftig soll die Bürgerschaft nicht mehr nur über das auszugebende Geld entscheiden, sondern gleichzeitig auch die damit zu erreichenden inhaltlichen Ziele und Wirkungen durch ihren Beschluss festlegen und über die erreichten Ergebnisse informiert werden. Außerdem soll der Weg der Einführung einer kaufmännischen Buchführung in den Behörden fortgesetzt werden. Dabei sollen gleichzeitig die IT-Systeme verknüpft und wieder auf den aktuellen Stand gebracht werden.

"Das Neue Haushaltswesen Hamburg ist eine Chance für die Zukunft: Politische Absichten und Programme mit konkreten Zielen, zu erreichenden Wirkungen und dafür bereit gestellten Ressourcen im Haushaltsplan zu verknüpfen, ist richtig und entspricht Forderungen des Rechnungshofs schon aus den 90er Jahren", so der Präsident des Rechnungshofs, Dr. Meyer-Abich.

Die in Hamburg, aber auch bundesweit durch das Grundgesetz vorgegebene Schuldenbremse erzwingt in den nächsten Jahren ein Umdenken: Wenn für notwendige neue Vorhaben kein zusätzliches Geld da ist, müssen die vorhandenen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei kann das Neue Haushaltswesen helfen. Bei allen Ausgabeposten sollen durch verbindliche Ziele und Kennzahlen die Erfolge messbar und damit nachkontrollierbar gemacht werden. So können die knapper werdenden Mittel zielgerichtet dorthin gesteuert werden, wo sie den meisten Nutzen entfalten.

Bei der begonnenen und bis 2014 geplanten Umsetzung dieser Haushaltsreform sieht der Rechnungshof aber noch Handlungsbedarf. Die ersten Umsetzungserfahrungen bei der Polizei und der Justizbehörde haben gezeigt, dass in den neuen Haushaltsplänen oftmals noch nicht ausreichend erkennbar wird, welche Ziele sich der Senat gesetzt hat und welche Kennzahlen steuerungsrelevant sind.

Auch bei der Gesamtkonzeption gibt es noch Handlungsbedarf: "Die haushaltsrechtliche "Machtbalance" zwischen der Bürgerschaft einerseits und Senat und Verwaltung andererseits muss an manchen Punkten nachjustiert werden", so Dr. Meyer-Abich.

Das Parlament, das im Kern über das "Was" der staatlichen Aufgaben zu entscheiden hat, braucht einen aussagekräftigen Haushaltsplan und ein leistungsbezogenes Berichtswesen, um durch den Haushaltsbeschluss die Richtung vorgeben zu können. Senat und Verwaltung, die für das "Wie" verantwortlich sind, müssen im Neuen Haushaltswesen in diesem Rahmen – aber auch nur in diesem Rahmen – ausreichend Spielraum für die wirtschaftliche Aufgabenerledigung haben.

Hamburg ist bundesweit Vorreiter bei der Umsetzung dieser modernen, ziel- und wirkungsorientierten Haushaltssteuerung, die eine intergenerativ gerechte Finanzwirtschaft unterstützt. Der begonnene Prozess bietet die Chance, die Haushaltspolitik auf eine auch für die Bürger transparentere und solidere Basis zu stellen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

#### Für Rückfragen:

Direktor Philipp Häfner Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg Tel.: 040 / 428 23 – 1759 / Fax: 040 / 428 23 – 1538 E-Mail: Rechnungshof@rh.hamburg.de

Die Beratende Äußerung "Budgetrecht im Neuen Haushaltswesen" ist unter www.rechnungshof.hamburg.de abrufbar.



## Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

1.12.2010/ds01

#### PRESSEERKLÄRUNG

# Stärkung der Datenschutzrechte statt unverbindlicher Selbstverpflichtungserklärung für Geodatendienste!

Zum heute von der BITKOM vorgestellten Datenschutzkodex

Die freiwillige Selbstverpflichtungserklärung, die heute durch den Branchenverband BITKOM für die Firmen der Geodatenwirtschaft vorgestellt wurde, bleibt hinter den Regelungen, die mit dem Internetkonzern Google im Rahmen des Internetdienstes Google Street View durch die Datenschutzaufsichtsbehörden ausgehandelt wurden, deutlich zurück. Es fehlt insbesondere an einem Vorabwiderspruchsrecht, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, dafür zu sorgen, dass die sie betreffende Ansichten von Panoramadiensten erst gar nicht ins Internet gestellt werden. Sind die Daten erst einmal online, haben die Betroffenen ihre Verfügungsgewalt bereits verloren. Ferner ermöglicht der Kodex eine Speicherung der so genannten Rohdaten, in denen Gesichter, Kfz-Kennzeichen und Grundstücke unverpixelt sind, für die Dauer eines Jahres. Das ist gerade bei Firmen problematisch, die die in Deutschland erhobenen Daten außerhalb der EU verarbeiten. Hier ist eine Überprüfung nach europäischem Datenschutzstandard nicht möglich und daher eine missbräuchliche Verwendung der Daten kaum zu unterbinden.

Skeptisch zum Kodex äußert sich der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Johannes Caspar: "Es ist strukturell besonders kritisch, dass die Selbstverpflichtungserklärung der Geodatendiensteanbieter keine rechtlich verbindlichen Vorgaben schafft. Weder sind die Unternehmen, die der Selbstverpflichtungserklärung nicht beitreten, künftig verpflichtet, die Vorgaben einzuhalten, noch lassen sich Verstöße gegen den Kodex durch eine selbständige Datenaufsicht durchsetzen und sanktionieren. Für die Wahrung der informationellen Selbstbestimmungsrechte sind vielmehr klare rechtsstaatliche Vorgaben erforderlich, deren Einhaltung von den Aufsichtsbehörden auch überwacht und durchgesetzt werden können. Es ist daher überaus fraglich, ob eine Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen, deren wirtschaftliche Grundlage in der Verwertung von Geodaten besteht, die erforderliche Rechtssicherheit schafft. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass das geltende Datenschutzrecht keine Antworten darauf bereit hält, welchen Schutz das informationelle Selbstbestimmungsrecht gegenüber

Panoramadiensten bietet, die Bilder von öffentlichen, aber auch zum Teil von privaten Ansichten erheben und ins Internet stellen. Eine gesetzliche Regelung, wie sie vom Bundesrat vorgelegt wurde, wäre daher wesentlich wirksamer als ein derartiger Kodex."

#### Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 040 / 428 54 - 4041



#### 2. Dezember 2010/bis02

### Leistungssport in Hamburg kontinuierlich gefördert

Die Finanzmittel für den Leistungssport sind in Hamburg über die Jahre hinweg kontinuierlich gestiegen. Mit den ersten beiden Sportförderverträgen für die Jahre 2007 bis 2010 erhielt der Hamburger Sportbund (HSB) 350.000 Euro für den Leistungssport. Mit dem Sportfördervertrag für die Jahre 2011/2012 wurde eine Erhöhung der Grundsicherung des Leistungssports auf 550.000 Euro beschlossen. Insgesamt sind im Haushaltsplanentwurf für die Folgejahre 1,45 Millionen Euro für die Förderung des Leistungs- und Spitzensports in Hamburg vorgesehen.

"Hamburg fördert nach wie vor den Leistungssport. Im Sportfördervertrag haben wir für die Jahre 2011 und 2012 zunächst die Summe von 550.000 Euro an den HSB für Maßnahmen im Leistungssport festgeschrieben. Der HSB hat in seinem Zuwendungsantrag für das Jahr 2011 nun 80.000 Euro mehr beantragt. Wir haben zugesichert, den Bedarf für 2011 zu prüfen und tun dies trotz der Einsparverpflichtungen auch intensiv. Allerdings ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen", sagt der für den Sport zuständige **Staatsrat Rolf Reincke**. Die Förderanträge aller Zuwendungsempfänger für das kommende Jahr werden zurzeit im Sportamt geprüft. Die Bearbeitung ist noch nicht endgültig abgeschlossen.

Zu den aktuellen Diskussionen zu den Fahrtkostenzuschüssen für Hamburgs Bundesligavereine sagt **Sport-Staatsrat Reincke** weiter: "Der Senat hat mit Abschluss des Sportfördervertrages die Leistungssportförderung des Hamburger Sportbundes für die Jahre 2011 und 2012 abgesichert. Hieraus können auch Fördermittel an die Sportvereine für Bundesligafahrtkosten ausgezahlt werden. Wofür und in welcher Höhe der HSB seine Zuwendungsmittel aber letztendlich einsetzt, bleibt dem Sportbund im Rahmen seiner Autonomie und auf Grundlage der Verträge selbst überlassen."

#### Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678,

E-Mail: <a href="mailto:pressestelle@bis.hamburg.de">pressestelle@bis.hamburg.de</a> Internet: <a href="mailto:www.hamburg.de/innenbehoerde">www.hamburg.de/innenbehoerde</a>



#### **Terminkalender**

Vom 6. Dezember bis 11. Dezember 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 06.12.2010

**10:30** Agentur für Arbeit; Kurt-Schumacher-Allee 16; 20097 Hamburg

Senator Ian Karan eröffnet die Messe für Menschen mit Migrationshintergrund

"anders rockt" und spricht ein Grußwort.

**15:00** Empire Riverside Hotel; Bernhard-Nocht-Straße 97; 20359 Hamburg

Senator Ian Karan spricht auf der Mitgliederversammlung Tourismusverband e.V.

**18:00** Rathaus, Großer Festsaal

Bürgermeister Christoph Ahlhaus spricht anlässlich der Überreichung des

Bundesverdienstkreuzes am Bande an den Landesbereichsführer der Freiwilligen

Feuerwehr Hamburg, Hermann Jonas.

Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen teil.

**18:30** DAK, Nagelsweg 27 – 31

Senator Dietrich Wersich beteiligt sich an einer Podiumsdiskussion des Verbandes der Ersatzkassen e.V. Hamburg zum Thema "Was bedeutet die Gesundheitsreform für

Hamburg?".

**19:00** Konferenzzentrum des NDR, Hugh-Greene-Weg 1

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am Empfang anlässlich der "Jubiläen von

Tagesthemen und Tagesschau" teil.

**19:00** Laeiszhalle, Johannes - Brahms - Platz

Senator Reinhard Stuth spricht ein Grußwort auf dem Empfang des "Freundeskreises

Elbphilharmonie und Laeiszhalle".

**19:30** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64

Senator Reinhard Stuth besucht die Buchpräsentation "Inszenierte Welten" von Peter

Schmidt.

Dienstag, den 07.12.2010

**12:00** Literaturhaus. Schwanenwik 38

Senator Reinhard Stuth spricht ein Grußwort aus Anlass der Verleihung des

"Hannelore-Greve-Literaturpreises 2010" an Lea Singer.

**15:00** Rathaus Hamburg, Plenarsaal

Senator Heino Vahldieck nimmt am Seniorenkongress "Innere Sicherheit" teil.

**19:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79

Senator Reinhard Stuth spricht ein Grußwort anlässlich der Verleihung der "Plaketten

2009 und 2010 der Freien Akademie der Künste" an Hans Zender und Fritz J.

Raddatz.

**20:00** IBA – DOCK AM Zollhafen 12

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am "11. Hamburger Séparée" teil.

Mittwoch, den 08.12.2010

**10:00** Berlin, Bayerische Vertretung, Behrenstr. 21/22

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an der 52. Europaministerkonferenz der

deutschen Länder teil.

**14:00** Vorplatz Michaeliskirche (Michel)

Senator Heino Vahldieck übergibt 25 Löschfahrzeuge an die Freiwillige Feuerwehr.

**14:30** Cafée mit Herz, Seewartenstraße 10

Bürgermeister Christoph Ahlhaus besucht das Cafée mit Herz, hält eine kurze Rede

und führt Gespräche mit den Gästen und Mitarbeitern.

**18:00** Berlin, Residenz des Botschafters von Japan

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Botschafters von Japan,

Dr. Takahiro Shinyo, und seiner Frau Yuko Shinyo am Empfang anlässlich des

Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Akihito sowie anlässlich des 150jährigen

Jubiläums des japanisch-deutschen Austausches teil.

**18:00** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9-14

Senator Reinhard Stuth nimmt am Empfang des Generalkonsuls Seisuke Narumiya aus

Anlass des japanischen Nationaltages teil.

Staatsrat Rolf Reincke nimmt teil.

**19:00** Curiohaus. Rothenbaumchaussee 11

Staatsrat Dr. Nikolas Hill verleiht den Preis "Young Creative" im Rahmen der

Veranstaltung "Eurobest Award 2010".

**19:00** Hanse-Office, Avenue Palmerston 20, in Brüssel

Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt anlässlich des 25-jährigen Bestehens des

Hanse-Office Brüssel an einer Buchvorstellung mit anschließender Diskussion teil.

Donnerstag, den 09.12.2010

ganztägig Brüssel

Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt an der 332. Kultusministerkonferenz teil.

**13:00** Übersee Club, Neuer Jungfernstieg 19

Senator Reinhard Stuth spricht auf dem "Jahresabschlusstreffen des Rotary Club"

über Kultur- und Medienpolitik in Hamburg.

**14:00** Handelskammer Hamburg, Albert-Schäfer-Saal

Senator Heino Vahldieck hält ein Grußwort auf dem Internationalen Anti-

Korruptionstag der UN, einer Veranstaltung des Dezernats für interne Ermittlungen

und der Handelskammer.

**18:00** St. Katharinenkirche. Kirchenhof 1

Bürgermeister Christoph Ahlhaus nimmt am Adventsempfang der Nordelbischen

Kirche teil.

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt ab 17.00 teil.

**18:30** Kampnagel, Jarrestraße 20

Senator Reinhard Stuth hält ein Grußwort auf dem "Jahresempfang der

Hamburgischen Kulturstiftung".

Freitag, den 10.12.2010

ganztägig Finnland, Rovaniemi

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann leitet als Vorsitzender die Vorstandssitzung der

BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-Operation).

**15:30** Audimax, Jungiusstraße 6

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die feierliche Verabschiedung des Leiters

des Hamburger Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Peter

Daschner.

**19:30** Hotel Vier Jahreszeiten

Bürgermeister Christoph Ahlhaus spricht anlässlich der "Langen Nacht der

Handelskammer".

Senator Ian Karan nimmt teil.

Samstag, den 11.12.2010

**08:45** Sporthalle Langenfort 5, 22307 Hamburg

Staatsrat Rolf Reincke hält eine Begrüßungsrede im Rahmen der Deutschen

Mannschaftsmeisterschaften U 17 im Judo.

**18:00** Hauptkirche St. Michaelis

Bürgermeister Christoph Ahlhaus besucht als Schirmherr die Veranstaltung "Märchen im Michel", die verbunden ist mit der Aktion "Kinder helfen Kindern" und hält ein

Grußwort.